Ausgabe 3 – November/Dezemeber 2020

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freunde,

wer sich und seinen Grundwerten treu bleiben will, muss sich wandeln. Die CSU ohne Winterklausur in Wildbad Kreuth - das Titelbild stammt aus 2016 - früher nicht vorstellbar. Und doch geht unsere Erfolgs-geschichte als Volkspartei weiter. Nicht auf die Verpackung, auf den Inhalt kommt es an. „Zwischen den Jahren“ ist ein guter Moment, um persönlich wie politisch Zwischenbilanz zu ziehen. Dabei gilt was Einstein formulierte: „Wenn’s alte Jahr erfolgreich war, dann freue dich aufs Neue. Und war es schlecht, ja dann erst recht.“

So gesehen haben wir allen Grund, uns auf 2021 zu freuen: Geprägt ist das ausgehende Jahr durch die Situation einer Pandemie, wie sie unser Land und unser Kontinent seit der Spanischen Grippe vor 100 Jahren nicht erlebt haben. Bewährt sich der freiheitliche Staat in der Krise? Damit setzen sich Fragen und Antworten auf S.5 auseinander. Auch unabhängig von Corona gibt es genug Themen. Dazu gehört die Sicherung der Hebammenausbildung (S.2). Wichtig ist auch, wie Schwerstkranke gut palliativ begleitet werden können. Der Chefarzt der Palliativklinik ist überzeugt, dass die Tagesklinik ein Modell für die Zukunft ist (S.6). Den Bedrohungen für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft müssen wir mit den Mitteln des Rechtsstaates konsequent begegnen - ob islamistische Extremisten (S.2/3) oder Rechtsextreme, die Anschluss an Querdenkerproteste suchen (S.4).

Politische Arbeit ist aktuell anders: Ich bedanke mich bei denen, die das über digitale Kanäle möglich machen. So hatten wir einen Erfahrungsaustausch mit fast 60 Teilnehmern aus Rettungsdiensten, Polizei, Feuerwehren mit unserer Bundestagsabgeordneten, mir als Landespolitiker und dem Landrat zur Corona-Situation. Die Veranstaltung wurde angeregt und hervorragend moderiert durch die stellv. Fraktionsvorsitzende im Stadtrat, Anna Hajek und Kreisgeschäftsführer Gustav Schleicher. Heike Hoffmann, unserer Vertreterin im AKJ danke ich, dass sie mit Prof. Dr. Jäger vom BGH einen hochrangigen Richter für eine Fachdiskussion gewinnen konnte. Als Diskutanten trugen Tobias Schürmann - als einer „unserer“ Gewerkschafter - und Dirk Reinhold als Mittelstandsunionsvorsitzenden zum Erfolg bei. Eine gemeinsame Veranstaltung mit ver.di in der Region und digitale Vorstandssitzungen beweisen, dass unser Engagement in der Krise stark bleibt. Das ist gerade auch für mich als Abgeordneter wichtig. Wir brauchen Kritik und Zuspruch von anderen. Deshalb zum Abschluss:

Bleiben Sie mir auch 2021 gewogen. Achten Sie auf Ihre Gesundheit und bleiben Sie zuversichtlich! Ihnen persönlich wünsche ich im Neuen Jahr nur das Beste!

Ihr

In dieser Ausgabe

Akademisierung der Hebammenausbildung 2

Stoppen wir den politischen Islam 2

Was Trump und einige Querdenker verbindet 4

Vier Fragen zu den Coronamaßnahmen 5

Die Palliative Tagesklinik 6

Akademisierung der Hebammenausbildung

Was bedeutet der Systemwechsel für unsere Region?

Am 1. Januar 2020 ist das neue Hebammengesetz (HebRefG) in Kraft getreten. Dieses sieht vor, dass das Berufsbild der Hebamme in Zukunft - nach WHO-Empfehlung - auf Hochschulniveau fortgeführt wird.

Bereits seit 2019 stellen sich die Länder auf diese grundlegende Veränderung ein. Der Freistaat arbeitet mit Hochdruck an dem Transformationsprozess, der immer wieder nachjustiert werden muss. Am 24. September fand hierzu ein Werkstattgespräch der CSU-Landtagsfraktion zum aktuellen Sachstand der Akademisierung statt. Mir bereitet die Frage der Hebammenversorgung in Bayern insgesamt und insbesondere auch in der Planungsregion um Aschaffenburg herum nach wie vor Sorge. Nach der ersten Stufe des Ausbaus von Hebammenstudiengängen in München, Regensburg und Landshut waren vom Ministerrat für den zweiten Ausbauschritt die TH Nürnberg, die Uni Nürnberg, die HaW Coburg und die Universität Würzburg benannt. Ausdrücklich vorbehalten war die Entscheidung über eine dritte Stufe, in der weitere Standorte angedacht sind. Die Übergangsregelung sieht eine Ausbildung an bestehenden Hebammenschulen nur noch vor, wenn sie bis 2021 begonnen und dann bis 2024 abgeschlossen werden. Mit Blick auf den Bedarf an Hebammen in ganz Bayern ist es meines Erachtens wichtig, über den weiteren Aufbau der akademischen Ausbildungsstruktur frühzeitig zu entscheiden. Für die Planungsregion um Aschaffenburg, wäre es wichtig, auch in Zukunft eine Hebammenausbildung vorzusehen. Das Klinikum Aschaffenburg bildet traditionell bis heute Hebammen aus.

Es ist ein Glücksfall, dass die TH Aschaffenburg vor einiger Zeit ihr Interesse an einer Hebammenausbildung gemeinsam mit dem Klinikum Aschaffenburg bekundet hat. Das Klinikum ist Perinatalzentrum mit mehr als 2.300 Geburten im Jahr. Die Leitung der Hebammenschule verfügt über die akademische und berufliche Qualifikation. Die Hochschule bietet Raum und Kompetenz im Gesundheitsbereich.

Damit verfügen Klinikum und TH über sehr gute Voraussetzungen für den Aufbau eines Studiengangs. Der Bedarf in der Region ist immens. Angesichts der räumlichen Distanz kann dieser über die Uni Würzburg nicht annähernd abgedeckt werden. Auf Landesebene setze ich mich ein, dass auch Aschaffenburg die Ausbildung fortführen kann und in Kooperation von TH und Klinikum ein entsprechender Studiengang entsteht.

Beim Werkstattgespräch der CSU Landtagsfraktion am Campus der Katholischen Stiftungshochschule (KSH) am 24. September: Unter Leitung der Arbeitskreisvorsitzenden Bernhard Seidenath und Robert Brannekämper standen wir im Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des Hebammenverbandes, der Berufsfachschulen verschiedener Hochschulen und den betroffenen Ministerien.

Stoppen wir den politischen Islam!

Der grauenvolle Mord am Lehrer Samuel Paty in Frankreich hat nicht nur gezeigt, dass der politische Islam tödlich ist, sondern auch in europäischen, muslimischen Gemeinschaften Wurzeln schlägt. Ein gemeinsamer Aufschlag aus Politik, Wissenschaft und Recht.

Immer wieder wurden islamistische Attentate in sozialen Medien mit teilweise euphorischen Sympathie-Bezeugungen begleitet - auch in deutscher Sprache. Hierzulande ging man bislang stets zur Tagesordnung über. Schlimmer noch: Das Aussprechen der Wahrheit wird zusehends mit Rassismus-Beschuldigungen von Islamisten und Teilen der politischen Linken beantwortet.

Es zeichnen sich bereits ähnliche Problemlagen ab, wenn auch nicht so schlimm wie in Frankreich. In unseren Städten gibt es segregiert lebende, muslimische Communities, wo der islamische Extremismus begeistert von Jugendlichen aufgegriffen wird. Antisemitische Hetze und Übergriffe erfolgen nicht nur aus rechtsradikalen, sondern auch aus islamistischen Kreisen. Männer, die als angeblich „Schutzsuchende“ in unser Land kommen, sind überproportional an schweren Gewalt- und Sexualdelikten beteiligt und werden nicht abgeschoben. →

Bei Terrorattacken wie in Ansbach, Würzburg und Berlin wurden zahlreiche Menschen getötet oder schwer verletzt. Zuletzt war es der islamistische Mord im Sommer in Dresden durch einen abgelehnten Asylbewerber aus Syrien, ein Islamist, der in Berlin Jagd auf Motorradfahrer machte.

Religiöser Extremismus beginnt aber nicht erst bei Mord, er gedeiht in abgeschottet lebenden Milieus, die sich unseren Werten verschließen. Ein verweigerter Handschlag für eine Frau kann bereits ein Indiz sein. Fehlende Mädchen im Schwimmunterricht, Respektlosigkeit gegenüber Lehrerinnen bereits in Grundschulen oder gar Drohungen und Gewalt gegen Andersgläubige brauchen andere Antworten als runde Tische und den Burkini als genehmigte Schulkleidung.

Podiumsdiskussion „Glaubensfreiheit hat seine Grenzen“ im Juni 2019 im Bayerischen Landtag u.a. mit Dr. Necla Kelek und Nazan Simsek, Düzen Tekkal und Dr. Joachim Wagner. Schauen Sie das Video mit dem Bericht zur Diskussion auf Facebook kurzelinks.de/glaubensfreiheit

Wir tragen Verantwortung, dass all jene, die wir mit wichtiger Integrationsarbeit in Schule, Gesellschaft und Institutionen beauftragen, dafür nicht um Leib und Leben fürchten zu müssen. Tatsächlich werden Lehrer und vor allem Lehrerinnen mit dieser Problematik im Stich gelassen und Kritiker des politischen Islam benötigen schon heute Polizeischutz in Deutschland.

Auffällig ist das Schweigen der Politik, der Medien, der Kirchen und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Mit Recht wurden nach rechtsextremen Anschlägen Demonstrationen und Gedenkveranstaltungen durchgeführt, Maßnahmen gefordert und an die Namen der Getöteten erinnert. Warum nicht auch bei islamistischen Anschlägen?

Als im Mai 2020 George Floyd in den USA bei seiner Verhaftung durch die Polizei getötet wurde, löste das in Deutschland nicht nur Massenproteste gegen Rassismus, sondern auch den Ruf nach analoger Überprüfung deutscher Verhältnisse aus. Wo waren die Demonstrationen nach der Ermordung von Samuel Paty, nach Nizza oder dem Tod eines Geistlichen in einer Kirche unweit von Rouen? Jene, die gegen Rassismus auf die Straße gehen, bleiben bei islamistischer Gewalt stumm, weil es als anstößig empfunden wird, die Täter und ihre Motive klar zu benennen.

Wer schweigt, kann nichts verändern, sondern bleibt Zuschauer bei einer Entwicklung, die schon jetzt eine Zerreißprobe für unsere Gesellschaft darstellt. Der politische Islam ist eine ernsthafte Gefahr für unser Land. Er ist ein Integrationshindernis mit unabsehbaren Folgen. Verantwortungsbewusste und nachhaltige Politik muss präventiv handeln. Es wird höchste Zeit, den Problemen der Zuwanderungsgesellschaft offen ins Auge zu sehen und sich nicht durch haltlose Vorwürfe einer angeblichen Islamfeindlichkeit, „Islamophobie“ oder des „antimuslimischen Rassismus“ einschüchtern zu lassen. Wie jede andere Religionsgemeinschaft muss auch der Islam in einem säkularen Staat berechtigte Kritik und sogar Humor oder Satire hinnehmen lernen.

Wir wollen Zustände, die in eine Schieflage geraten sind, wieder zurechtrücken, Probleme benennen und lösen. Wir möchten, dass Muslime volle Religionsfreiheit genießen, sind es aber gerade den vielen muslimischen Befürwortern von Demokratie und Freiheitsrechten schuldig, den politischen Islam als Extremismus beim Namen zu nennen. Als gemeinsamer Kreis namhafter Wissenschaftler (u.a. Dr. Necla Kelek, Ahmad Mansour, Prof. Mouhanad Khorchide) und Bundespolitiker (Dr. Carsten Linnemann, Christoph De Vries) fordern wir:

Wissenschaftliche Grundlagenforschung zum politischen Islam, Einrichtung einer Dokumentationsstelle „Politischer Islam“, Beendigung von Kooperationen und Vertragsbeziehungen staatlicher und politischer Institutionen mit Vertretern und Organisationen des politischen Islam, Einrichtung eins Expertenkreises „Politischer Islam“ im Bundesinnenministerium.

Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble stellt das gemeinsame Buch von Carsten Linnemann und mir (*„Der politische Islam gehört nicht zu Deutschland“*, Herder) am 21. Februar 2019 in Berlin vor. Eine große Ehre für uns, alle Autoren und unsere Botschaft!

Wir müssen jetzt handeln. Gerade weil wir eine Gesellschaft sind, die auf eine gelungene Integration von Zuwanderern aus verschiedenen Nationen, Kulturen und Religionen nicht verzichten kann, doch wir benötigen dafür ein gemeinsames Wertefundament. Das ist nicht verhandelbar. Berechtigte Kritik an religiösem Extremismus, die Verteidigung der Glaubens- und Religionsfreiheit aber auch die Verteidigung von Menschen- und Frauenrechten, der Meinungsfreiheit und der Pressefreiheit sind kein demokratischer Luxus, sondern Grundfeste unserer Verfassung.

Dieser Artikel erschien in veränderter Fassung als gemeinsamer Artikel in der *Welt* und auf welt.de (kurzelinks.de/welt1). Analog auch mein Dringlichkeitsantrag im Landtag (kurzelinks.de/antrag1).

Was Trump und einige Querdenker verbindet -

Grundproblem der demokratischen Gesellschaft im Zeitalter neuer Medien

Trump zweifelt die Legitimität von Briefwahlstimmen an und weigert sich, das Ergebnis der Wahl anzuerkennen. Die Vorwürfe, dass die Wahl „gestohlen“, dass Millionen Stimmen illegal seien, konnten bislang nicht ansatzweise belegt werden. Trotzdem glauben nicht wenige Menschen den Behauptungen des amtierenden Präsidenten. Mit diesem Vorgehen nimmt Trump in Kauf, dass eine nicht unerhebliche Zahl an Menschen in der Zukunft die Legitimität der gewählten künftigen Regierung bestreiten werden.

Auftritt Trump 2019 in London (Wachsfigurenkabinett Madame Tussauds, Nachbildung) – der nun scheidende Präsident der USA in bekannter und typischer Pose. Der Unwille, die Wahlniederlage anzuerkennen ist eines der großen Themen des ausgehenden Jahres 2020.

Natürlich sind Wahlanfechtungsmöglichkeiten Teil des demokratischen Systems. Der unsubstantiierte Vorwurf millionenfachen Wahlbetrugs allerdings ist schwerwiegend. Und er ist verantwortungslos und spaltet das amerikanische Volk. Zur gleichen Zeit in Deutschland: Querdenken 711 Stuttgart vergleicht die Einschätzung verschiedener Länderpolizeien „als Propaganda, ganz nach dem Stasihandbuch, wie es unter 2.6.2. zitiert wird: ‚Bewährte anzuwendende Formen der Zersetzung …‘ “ (Pressemitteilung Demo 07.11.2020 - Antworten zu Fragen von MDR; auf www.querdenken-711.de). Querdenken 911 Nürnberg (www.querdenken911-Nürnberg.de) fordert gleichzeitig nicht nur „eine schonungslose Aufklärung der politischen Fehler in der Corona-Krise“ und „Untersuchungsausschüsse auf Bundes- und Länderebene“ sondern auch „eine unabhängige Presse, welche nicht als Sprachrohr der Regierung fungiert“.

Im Infoflyer „Corona“ auf der gleichen Webseite heißt es nicht nur, dass durch Maßnahmen der deutschen Bundesregierung und der Landesregierungen „Grundrechte eingeschränkt, massiv verletzt und in Teilen außer Kraft gesetzt“ wurden. Es wird auch ganz bewusst der Bezug zum Terrorregime des 3. Reichs hergestellt, wenn es heißt: „Insgesamt handelt es sich um die gravierendste Einschränkung der Grundrechte auf gesamtdeutschem Boden seit Ende der nationalsozialistischen Diktatur 1945“.

Diese Zitate gehen - genau betrachtet - über eine Zuspitzung der Argumente, wie sie für den Meinungswettbewerb einer freien Gesellschaft immanent sind, deutlich hinaus. Indem indirekt die Unabhängigkeit der Presse angezweifelt wird („Staatsrundfunk“) und Maßnahmen demokratisch gewählter Repräsentanten mit Strukturen des SED-Unrechtsstaat gleichgesetzt, die Abschaffung einzelner Grundrechte behauptet und Grundrechtseinschränkungen in die Nähe der Nazidiktatur gerückt werden, wird die bestehende faktische Grundstruktur unseres Staates in ganz grundsätzlicher Weise in Frage gestellt.

Was ist Trump und seinen Anhängern und den Aktivisten der zitierten Querdenkerseiten im Netz gemeinsam?

Sie stellen die Redlichkeit der Grundstrukturen der beiden Demokratien in Frage. Indem die Rechtmäßigkeit des Wahlvorgangs bestritten wird, werden Zweifel in die gewählte künftige Regierung und jedes von ihr ausgehenden Handelns in der Zukunft gesät. Indem das Bestehen einer freien unabhängigen Presse angezweifelt und die Abschaffung einzelner Grundrechte behauptet wird, wird Zweifel an der faktischen Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland als freiheitliche demokratische Grundordnung gesät.

18. November 2020 – Die Aschaffenburger Querdenkengruppe ruft zu einer Mahnwache vor der CSU Bundeswahlkreisgeschäftsstelle auf. Hintergrund: An diesem Tag wird im Bundestag über den Antrag zur Feststellung des Fortbestandes der epidemischen Lage von nationaler Tragweite abgestimmt. Kritiker behaupten damit eine Abschaffung der Grund- und Menschenrechte.

Um nicht missverstanden zu werden: Eine scharf zugespitzte Debatte gehört zu unserem freien gesellschaftlichen Diskurs. Auch sind in unserem freiheitlichen Staat Kritik an Regierungen, Gerichten, Institutionen jederzeit möglich. Wenn aber die Kritik so weit geht, dass das Funktionieren der freiheitlichen Ordnung angezweifelt wird, drohen gravierende Folgen für die Gesellschaft insgesamt.

Denn was ist der Inhalt einer Demokratie? Was ist das Wesen eines Staates? Einerseits lassen sich beide Fragen vergleichsweise kurz beantworten: →

„Herrschaft des Volkes“ übersetzt den Demokratiebegriff bis heute ins Deutsche. Der Staat von außen wird als Gebilde mit den drei Elementen Staatsgebiet, Staatsvolk und auf Dauer angelegte Staatsgewalt (G. Jellinek) beschrieben. Der Erkenntnisgewinn beider Aussagen ist andererseits aber sehr beschränkt. Das innere Wesen von Demokratie als Staatsform und Staaten als soziale Gemeinschaften wird damit nicht erfasst.

Die Auseinandersetzung über das Innere von Staat und Demokratie füllt Bibliotheken. Einen treffenden Ansatz zur Erfassung beider Begriffe enthält die französische Idee der Willensnation: Schon im 19. Jahrhundert stellte Ernest Renan die berühmte Frage „Qu'est-ce qu'une nation?“, was ist das Wesen des Nationalstaats? Und seine ebenso berühmte Antwort lautet „un plébiscite de tous les jours“. Ein Staat und eine Demokratie können nur weiterexistieren, wenn auf der Basis von gemeinsamen Erfahrungen der Vergangenheit der Wille zu jeder Zeit in der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger besteht, als Staat zusammenzugehören. Nur eine solche gemeinsame Überzeugung trägt ein Staatswesen, gerade ein demokratisches. Trump und einige seiner Anhänger auf der einen und einige Aktivisten der Querdenkergruppen auf der anderen Seite stellen diesen Grundkonsens in Frage - jeder auf seiner Weise, aber jeder sehr grundsätzlich. Wenn das um sich greift, sind die Folgen erheblich. Man kann über Maßnahmen gegen die Pandemie diskutieren und auch der Ansicht sein, sie gehen im Einzelnen zu weit. Man kann eine Wahl in den USA anfechten.

Querdenker positionieren sich mit Kind und Hund vor der Geschäftsstelle und stehen eng zusammen. Währenddessen sind die Mandatsträger in Berlin und München in den Parlamenten beschäftigt.

Wird aber diese Kritik von einer nicht unerheblichen Zahl von Menschen so undifferenziert und grundsätzlich, dass das Grundvertrauen in den Staat und seine Strukturen erschüttert wird, dann wird es gefährlich. Darüber sollten gerade die einmal nachdenken, die genau diese grundsätzlichen Zweifel nähren.

Vier Fragen zu den Coronamaßnahmen

Gibt es denn überhaupt eine Perspektive, die Pandemie zu überwinden?
Die haben wir mit dem Impfstoff. Wenn die Menschen, die sich in der großen Mehrheit verantwortlich an die AHA-Regeln halten, auch überzeugt werden können, sich zu ihrem und der anderen Schutz impfen zu lassen, dann haben wir eine gute Aussicht, mit dem Virus und seinen Folgen fertig zu werden. Ich jedenfalls will mich impfen lassen, sobald ich an der Reihe bin, zum eigenen Schutz, zum Schutz meiner Familie und meiner Mitmenschen.

Könnte man nicht alte und gefährdete Menschen gezielter schützen um anderen mehr „normales“ Leben ermöglichen?
Das Abschotten von besonders Gefährdeten bei einem ansonsten ungehemmten gesellschaftlichen Leben wird nicht funktionieren. Es gehören ja nicht nur Heimbewohner oder über 70- oder 80-jährige zu den Gefährdeten. Viele Menschen haben Vorerkrankungen. Das Konzept einer „Durchseuchung“ ist, wie Schweden zeigt, ist nicht verantwortbar. Jedes Menschenleben hat seinen unnachahmlichen Wert, der Schutz dieses Lebens und der Gesundheit ist ein zentrales Ziel und Zweck unseres Staates.

Viele Bereiche sind existenziell betroffen. Muten wir einzelnen Bereichen zu viel zu?
Unsere Schausteller, unsere Gaststätten, die kleinen und mittelständischen Brauereien der Region, Live-Clubs wie der Colos-Saal, Bühnen wie das Hofgarten Kabarett, Flugpersonal, das sich in unser Region angesiedelt und eine Existenz geschaffen hat, und andere Bereiche sind hart getroffen. Wir alle haben ein Interesse, dass die Strukturen unserer Wirtschaft, des kulturellen Lebens und unsere Geselligkeit die Krise überstehen. Deshalb werden auf Bundes- und Landesebene Hilfsprogramme auf den Weg gebracht. Wir müssen dafür sorgen, dass Hilfen dann auch ankommen.

Und wer soll das bezahlen?
Unser jüngster Kandidat bei der Stadtratswahl, Laurent Wilhelm, fragte bei unserer letzten Kreisvorstandsitzung, ob und wie man die Schulden der Pandemie zurückzahlen will. Die CSU steht auch dafür, dass nach der Überwindung der Pandemie die Staatsfinanzen konsolidiert und die Schulden der Notmaßnahmen zurückgeführt werden. Das wird nicht einfach. Gleichwohl sind die Beschränkungen angesichts der zweiten Welle aus meiner Sicht notwendig und richtig. Es geht darum, Kontakte und Bewegungen insgesamt zu reduzieren. Nur so kann die zweite Welle gebrochen werden.

Meine aktuellen Redebeiträge im Landtag zum nachschauen:
zur Regierungserklärung am 30.10.20
kurzelinks.de/rede1
zur aktuellen Stunde am 24.11.20
kurzelinks.de/rede2
zur Regierungserklärung am 08.12.20
kurzelinks.de/rede3

Die Palliative Tagesklinik

Festhalten an einem großartigen Projekt mit Leuchtturmcharakter

Im Januar 2019 habe ich die Palliativmedizinische Tagesklinik (PTK) am Klinikum Aschaffenburg-Alzenau besucht. Sie wurde als Pilotprojekt des Freistaates auf den Weg gebracht und erzielt in unserer Region heute große und wichtige Wirkung.

Bei dem Besuch haben mich Dr. med. Alfred Paul, Chefarzt der Klinik für Palliativmedizin, und die Geschäftsführerin des Klinikums, Frau Karin Reiser, intensiv über den aktuellen Stand informiert. Die PTK schließt eine Versorgungslücke für Patienten mit komplexen palliativmedizinischen Problemen, die keine 24-stündige Krankenhausbetreuung benötigen, deren individueller Behandlungsbedarf jedoch nicht im Rahmen der etablierten ambulanten Versorgungsangebote abbildbar ist.

Die Palliativmedizinische Tagesklinik befindet sich am Klinikum, gegenüber der Kinderklinik.

Ziel des Angebotes ist die Schaffung von Lebensqualität und würdevoller Lebensgestaltung durch ein großes Spektrum symptomlindernder Maßnahmen. Da bei der Behandlung bis zu 9 Fachdisziplinen zusammenarbeiten und auf die Patientenbedürfnisse abgestimmt sind, wird den Patienten viel Last abgenommen. Für eine gleichartige Versorgung müssten Patienten über eine Woche verteilt etwa 5 bis 9 Wege zu einzelnen, spezialisierten Praxen - wenn überhaupt vorhanden - auf sich nehmen, was bei den vorliegenden Krankheitsbildern eine weitere und unnötige Belastung darstellt.

So kommt in der PTK ein mobiler oder teilmobiler Patient zum Beispiel am Morgen eines gegebenen Tages in die Tagesklinik und hält sich dort etwa 3 bis 6 Stunden, auf. Dieser Aufenthalt wird als eine Behandlung dokumentiert und wiederholt sich, je nach Bedarf des Patienten, etwa einmal pro Woche. Dabei umfasst die Behandlung eine Symptomlinderung durch schmerztherapeutische, wundversorgende, physiotherapeutische, psychoonkologische, seelsorgerische und kunst- und musiktherapeutische Maßnahmen - um nur das wesentliche aufzuzählen.

Die behandelnden Ärzte und Pfleger berichten, dass viele Patienten in einem medizinisch und psychologisch angeschlagenen Zustand die Tagesklinik aufsuchen und am Ende des Behandlungstages in wesentlich besserer Konstitution sind und auch einen positiven Ausblick haben. Bei meinem Besuch wurde mir auch die Gelegenheit gegeben mich mit einem Patienten zu unterhalten, der sich an diesem Morgen in der Behandlung befand. Seine persönlichen und äußerst positiven Eindrücke haben mir dabei ein sehr greifbares Bild der Behandlungserfolge gegeben. Sie bekräftigten auch weiter die statistisch erhobenen Daten über die hohe Zufriedenheit der Patienten und wie der Besuch der PTK die Lebensqualität der einzelnen Menschen in großem Ausmaß beeinflusst.

Bei der Spendenübergabe an den Ambulanten Hospiz- und Palliativberatungsdienst im September. Der Verein steht mit der PTK im engen Austausch.

Die PTK hat erheblichen Leuchtturmcharakter. So haben Delegationen der Universitätsklinik Augsburg und der Universitätsklinik Mainz die Klinik besucht, um die Strukturen kennenzulernen. Auch fand eine Gasthospitation einer Ärztin der Universitätsklinik Köln statt, um genau Bericht erstatten zu können.

Die Weiterführung und Finanzierung der PTK braucht eine Konsolidierung. Seit dem Januar 2019, als ich die Einrichtung kennenlernen durfte habe, habe ich mich, u.a. bei Staatsministerin Melanie Huml mit großem Nachdruck für die PTK eingesetzt. Aktuell wird sie wissenschaftlich unter wesentlichen Gesichtspunkten genau beleuchtet. Das Ergebnis dieser Studie entscheidet über die weitere Unterstützung durch den Freistaat. Ungeachtet des Ergebnisses - das zweifelsohne positiv sein wird - werde ich mich für diese wertvolle Einrichtung weiter einsetzen!

Impressum – Standpunkt Bausback
Newsletter des Landtagsabgeordneten, Prof. Dr. Winfried Bausback, Staatsminister a.D. Herausgegeben im Selbstverlag. Herausgeber, Verfasser, V.i.S.d.P. : Winfried Bausback, Stimmkreisbüro Bausback, Knodestr. 3, 63741 Aschaffenburg. Die Artikel geben die Meinung des Verfassers wieder. Alle Angaben ohne Gewähr. Für Druckfehler wird keine Haftung übernommen.
Bildnachweis (soweit nicht anders angegeben): Stimmkreisbüro Bausback
Kontakt: info@winfried-bausback.de, Tel.: 06021 58 28 540, Fax: 06021 58 28 544
Erschienen am 23. Dezember 2020